

„Investieren, statt auf die Notbremse treten!“

13,9 Millionen-Etat mit investiver Rekordsumme verabschiedet

Loiching. (ko) Auch der Etat 2021 ist geprägt von einer antizyklischen Vorgehensweise. Dies zeigt das geplante Investitionsvolumen von rund 7,7 Millionen Euro. Es ist, trotz aller Haushaltsrisiken, die Corona noch bringen kann, so hoch wie noch nie! Die Gemeinde hat in den letzten Jahren sämtliche Schulden abgebaut und sieht sich deshalb jetzt in der Lage, bei überschaubaren Verpflichtungen kurzfristig in die Verschuldung zu gehen.

Auch wenn man nach acht schuldenfreien Jahren wieder gezwungen sein wird, sich auf dem Kreditmarkt zu bedienen, ist man zuversichtlich, dass dies nur von kurzer Dauer sein wird. In den Haushalt eingestellt ist eine Kreditaufnahme von rund 1,9 Millionen Euro. Dem stehen aber mit der Schaffung von Bauland Investitionen in einer Höhe von 2,1 Millionen Euro gegenüber. Mit dem Rückfluss ist beim Verkauf der Bauparzellen in naher Zukunft zu rechnen. Gemeinderat und Bürgermeister sehen diesen Rekord-Vermögenshaushalt als einen Beitrag der Gemeinde, um die regionale Wirtschaft am Laufen zu halten.

Bevor in die Haushaltsberatungen eingetreten wurde, berichtete Bürgermeister Schuster, dass verschiedene Förderbescheide in den letzten Tagen eingegangen sind: 220.000 € vom Landesamt für Pflege für die geplante Erweiterung der Tagespflege in Wendelskirchen, 1,6 Mio € von der Regierung von Niederbayern für den Breitbandausbau in den Außenbereichen der Gemeinde, ca. 4.000 € vom Landesamt für Digitalisierung für die Bereitstellung von Online-Diensten im kommunalen Bereich und 1.000 € aus dem Klimafonds von EnergieSüdbayern für die Umsetzung des E-Car-Sharing in der Gemeinde.

Einbruch bei der Gewerbesteuer in 2020

Im Vorbericht zum Haushalt 2021 gab es zunächst einen Rückblick auf das Haushaltsjahr 2020: Der Gewerbesteueransatz für 2020 in Höhe von 1,6 Mio € konnte coronabedingt leider nicht erreicht werden, wurde aber durch das Covid19-Sonderprogramm von Bund und Land mit ca. 760.000 € ausgeglichen. Der 2,8 Millionen Euro geplante Ansatz bei der Einkommensteuer wird nach Lage der Dinge in 2020 erreicht. Die Kreisumlage stellt mit rund 1,7 Millionen Euro den größten Ausgabeposten dar. Voraussichtlich können in 2020 dem Vermögenshaushalt 1,8 Mio. Euro zugeführt werden. Im Haushalt war eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 1.757.000 Euro veranschlagt. Voraussichtlich können jedoch 590.000 Euro der Rücklage zugeführt werden, da einige kostenintensive Maßnahmen im investiven Bereich in 2020 noch nicht durchgeführt wurden (z.B. Erschließungsmaßnahmen Baugebiet Kronwieden West IV).

Geordnete finanzielle Situation

Die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt für 2021 bewegen sich in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Gewerbesteuereinnahmen sind mit gut einer Million Euro vorsichtig kalkuliert. Man trägt dem Rückgang von etwa einer halben Million Euro Rechnung. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird mit 2,3 Mio. Euro angesetzt. Insgesamt ist die finanzielle Situation der Gemeinde als durchweg geordnet zu bezeichnen. Die Ansätze bei der Gewerbe- und Einkommensteuer sind aufgrund der aktuellen Situation vorsichtig kalkuliert. Gleichzeitig ist die Umlage an den Landkreis mit gut 2 Mio € wegen der guten Umlagekraft aus 2019 höher anzusetzen. Dennoch ist für das Jahr 2021 eine Kreditaufnahme in Höhe von knapp zwei Millionen Euro veranschlagt, damit die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Baulanderschließungen und der geplante Baulanderwerb, durchgeführt werden können. Wichtig für die Familien mit Kindern: Der Bauabschnitt 2 des KiBiZL (Kinderbildungszentrum Loiching – Kindergartengruppen für Ü3-Kinder) wurde bereits auf den Weg gebracht. Die Kindergartengebühren sollen unverändert bleiben und zum Erhalt der Wohnqualität bleiben die gemeindlichen Freibäder trotz aller Defizite erhalten. Wichtig für die Gemeinde und deren Leistungsfähigkeit ist, keine dauerhaften Einnahmeeinbrüche hinnehmen zu müssen. Die Finanzplanung ist deshalb laufend neu zu überdenken und den künftigen Entwicklungen anzupassen. Neben den laufenden Ausgaben ist bei den Investitionen und auch bei den freiwilligen Leistungen auf die entstehenden Folgekosten zu achten, wobei Sicherheit und Erhalt der bestehenden Einrichtungen ausschlaggebend sind.

Investive Rekordausgaben in 2021

Die investiven Ausgaben im Vermögenshaushalt erreichen ein neues Rekordhoch. Mit rund 7,7 Millionen Euro wird der letztjährige Ansatz um gut eine dreiviertel Million übertroffen. Investive Schwerpunkte sind unter anderem: KiBiZL BA II (2,9 Mio. Euro), Tiefbau und Straßenbau (400.000 Euro), Erschließungsmaßnahmen Kronwieden und Oberwolkersdorf (rund 1,6 Mio. Euro), Breitbandausbau Eigenanteil (400.000 Euro), Erweiterung Tagespflege (370.000 Euro), Erwerb von Bauerwartungsland (500.000 Euro), Autobahnzubringer BA IV (Ortsumfahrung Kronwieden) Gemeindeanteil (200.000 Euro).

Grünen-Antrag zurückgewiesen

Schon vor dem Einstieg in die Haushaltsberatung ging es explizit um diesen letzten Punkt. Mit einem Antrag zum Etat wollte GR Franziska Sänftl (Grüne) erreichen, dass die Position „Kostenbeteiligung Autobahnzubringer BA IV“ auf null Euro reduziert wird. Haushaltsbelastung, Schulden, Klimakrise führte sie als Argumente an. Die Reaktionen beider Bürgermeister kamen prompt: Laut Schuster gebe es einen rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss. Der Autobahnzubringer bedeute eine enorme Verkehrsentlastung für die Bewohner der Ortsteile Kronwieden, Höfen und Schönbühl. Allein für die Ortsdurchfahrt Kronwieden reduziert sich der Durchgangsverkehr um mehr als 60%. Außerdem gebe es verbindliche Vereinbarungen mit dem Landkreis über Kostenbeteiligungen beim Radweg und beim Kreisverkehr. Noch bei den Etatvorberatungen in der September-Sitzung habe die Kollegin der Haushaltsposition zugestimmt. Schuster sprach von „grünen Schaufensteranträgen“. Mit derartigen Anträgen hätten sich auch schon Kreistag, Kreisausschuss, Kreisbauausschuss und der Petitionsausschuss des bayerischen Landtags zu befassen gehabt. Für die Baumaßnahme sind umfassende Ausgleichsmaßnahmen im Planfeststellungsbeschluss festgelegt. Knapp dann Schusters Stellvertreter Norbert Strebl; mit Bezug auf die ausformulierte Begründung seiner Kollegin meinte er: „Seit Jahren ringen wir um diesen Bauabschnitt. Ich bin froh, über den derzeitigen Bau des BA III und auch der BA IV soll endlich gebaut werden.“ Der Antrag von GRin Sänftl wurde mit 16:1 Stimmen abgelehnt. Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass der Gesamthaushalt nach langen Jahren wieder einmal mit einer Gegenstimme verabschiedet wurde. GR Sänftl sah sich angesichts der Zurückweisung ihres Antrags außerstande, dem Gesamtetat zuzustimmen. Nach der Verabschiedung des umfangreichen Konvoluts (Haushaltssatzung, Schuldenstand, Rücklagenstand, Finanzplan, Investitionsplan und Stellenplan) galt der Dank des Bürgermeisters namentlich Geschäftsleiter Christof Wittmann und Kämmerin Kathrin Pölsterl für die akribische Vorbereitung des Zahlenwerks. Durch die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten und Vorberatungen konnte der Haushalt in weniger als 20 Minuten verabschiedet werden.